

Leipziger Forderungen zur Stadterneuerung und Denkmalpflege in den neuen Bundesländern

Symposium: Stadterneuerung, Denkmalpflege-Perspektiven und Erfahrungen in Deutschland-Ost und -West

Leipzig, 11. November 1990

Im Zuge und in Folge der gewaltfreien Revolution vom 9. November 1989 entstehen in den Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR Ansätze zur Entwicklung einer neuen, von der Bürgerschaft getragenen öffentlichen Planungsstruktur. Diese Ansätze sind keine Notgeburt, die möglichst rasch herangebrachten planungsbürokratischen Formen weichen sollten. Sie sind vielmehr ein wesentliches Element des demokratischen Aufbruchs in Ostdeutschland und geben ein Signal für Ost- und Westeuropa. Sie sollten Auswirkungen insbesondere auch auf die Planungsverfahren im westlichen Deutschland haben – auf dem Weg zu einer gemeinsamen demokratischen Baukultur.

Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den Städten war einer der Zündfunken der Revolution. Ein Jahr danach kann die gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Erneuerung von Grund auf und ortskonkret in den Kommunen beginnen.

In gemeinsamer Sicht auf

- schwerwiegende Planungsirrtümer im Osten und teilweise auch im Westen Deutschlands während der zurückliegenden 40 Jahre,
- die Gefahr, daß die Kommunen aus chronischer Finanzschwäche und Verwaltungsdefiziten den Planungsanforderungen tatsächlicher oder vermeintlicher Investoren nahezu bedingungslos folgen,
- die Ungeduld über vermeintlichen Zeitverlust durch eine demokratische Planungskultur, die Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung erfordert,
- den möglichen Mißbrauch der planungsrechtlichen Erleichterungen des Einigungsvertrages für später nicht revidierbare Entscheidungen auf Kosten der gemeinsamen Interessen in den Gemeinden

sprachen sich die bei dem dreitägigen Symposium „Stadterneuerung und Denkmalpflege“¹⁾ versammelten Planer, Architekten und Denkmalpfleger, Bürger und Initiativen für die nachstehenden „Leipziger Forderungen“ aus:

1. Dringlich ist eine drastische Umverteilung der öffentlichen Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten der Stadterneuerung in den neuen Ländern als Gemeinschaftsaufgabe.

Maßnahmen zur Erhaltung, Erneuerung und zum ökologischen Umbau der Städte und Dörfer in den neuen Ländern und Ostberlin konnten dort schon in wenigen Monaten rund eine Million neue, vor allem qualifizierte handwerkliche Arbeitsplätze schaffen.

2. An erster Stelle steht die Bestandssicherung durch Reparatur der Dächer erhaltenswerter Gebäude sowie der unterirdischen Ver- und Entsorgungsnetze. Nur auf diesem Weg ist die historische Qualität überkommener städtebaulicher Ensembles vor dem weiteren Verfall – und damit der Charakter der Städte und Gemeinden in der ehemaligen DDR – zu retten.

Der Vorrang einer Bestandssicherung möglichst vieler Gebäude vor der perfekten Sanierung einzelner, besonders wertvoller Bauten schafft zugleich die Voraussetzung dafür, daß aus den im Zusammenhang mit der Rettung der Städte neu entstehenden Arbeitsplätzen dauerhafter werden.

3. Notwendig ist die Bestandssicherung auch bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen, damit diese Bauten in den städtebaulichen Erneuerungsprozeß einbezogen werden können.

Aus Sanierungsmitteln finanzierte, für die Kommunen treuhänderisch tätige Träger ohne eigene Liegenschaften sollten diese Aufgabe bis zur Klärung der Eigentumsverhältnisse unter Einschaltung freier Architekten und Planer übernehmen.

4. Bestandssicherung ist nur dann von Dauer, wenn eine Nutzung der Gebäude ermöglicht und gesichert wird. Die vorhandenen Ansätze zur Selbsthilfe und der Mietsanierung einschließlich ihrer gemeinschaftlichen Formen der Entscheidungsfindung sind zu unterstützen. Modelle der Eigentumsbeteiligung in Form von Bauherrengemeinschaften oder Genossenschaften könnten dazu beitragen, die Bereitschaft zur Selbsthilfe zu stärken und auch aufwendige Maßnahmen zur Bestandssicherung größerer Gebäude zu bewältigen.
5. Einzelne Modellprojekte sollten schnell realisiert werden als sichtbare Zeichen, daß und wie die Bestandssicherung und Erneuerung der Bauten möglich, sinnvoll, wirtschaftlich und städtebaulich wertvoll ist. Modellprojekte in den verschiedenen Stadtteilen strahlen auf ihre jeweilige Nachbarschaft aus, regen zur Nachahmung an und werden so zu Keimzellen für „Erneuerungsiseln“ im Stadtgefüge, die sich allmählich miteinander vernetzen.
6. Unter Beteiligung der Bürgerschaft erstellte Rahmenpläne sind ein geeignetes Instrument, städtebaulich und ökologisch verantwortbare Entscheidungen über Lage, Struktur und Nutzung beabsichtigter Investitionen schnell und unbürokratisch auf den Weg zu bringen. Auf dieser Grundlage sind die vereinfachten Verfahren zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen mit der neuen Planungskultur vereinbar. Rahmenpläne können im Auftrag der Kommunen durch freie Planungsbüros, gegebenenfalls auch durch Arbeitsgemeinschaften aus Ost und West erstellt werden. Planerwerkstätten, Ausstellungen und Foren, Zusammenarbeit mit Sanierungsbüros in den Stadtteilen sind geeignete Rahmen für eine aktive, wirksame Bürgerbeteiligung.
7. Eine geordnete und sinnvolle räumliche, wirtschaftliche und damit landespolitisch effektive Entwicklung erfordert eine wirksame Verknüpfung und die Herausforderung des demokratischen Zusammenwirkens im „Gegenstromprinzip“ der kommunalen, regionalen und landes- weiten Planungskapazitäten zur Wahrnehmung hoheit- licher Aufgaben.

Vor allem der vielerorts schon entstandene Investitionsdruck und -stau verlangt schnellstmöglich regulierende und kontrollierende Funktionen, den notwendigen Ausgleich der Interessen benachbarter Gemeinden und die Kontrolle umweltrelevanter Belange durch eine wirksame Landesplanung, deren Aufbau die Regie-

rungen der neuen Bundesländer besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen müssen.

8. Erarbeitet werden müssen regionale Konzepte zur Stabilisierung der Wohnverhältnisse durch Bestandspflege und -entwicklung, die auch die neueren Großsiedlungen einbeziehen.

Wesentliche Elemente derartiger Konzepte sind der Ausbau der Einrichtungen für den täglichen Bedarf, die Schaffung neuer Arbeitsstätten in Wohnungsnähe, insbesondere auch für Frauen, die Stabilisierung und Stärkung der sozialen Infrastruktur.

9. Einer kulturellen Entwertung der Großsiedlungen muß entgegengewirkt werden. Sie sind Zeugen bestimmter Phasen der Stadtgeschichte. Ihre jeweils besonderen Qualitäten sind zu entdecken und zu verstärken. Insbesondere dort sind neue, dezentrale Organisationsformen der Wohnungsverwaltung und -vergabe zu entwickeln, um die gewachsene, gemischte Bewohnerstruktur zu stabilisieren.

Gerade in den Erfahrungen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Berufe, Bildungswege und Einstellungen liegt die unsichtbare, aber besondere und tragfähige Qualität dieser Siedlungen.

10. Informelle Bewohnerselbsthilfe muß die früher von Staat und Partei angeordneten Betreuungsnetze und Aktivierungsprogramme ersetzen. Dafür sind kommunale Beiträge zu den Personalkosten und die Bereitstellung von Räumen unverzichtbar.

Traditionen der Nachbarschaftshilfe beispielsweise bei der Beaufsichtigung von Kindern, bei der Hilfestellung für Behinderte und bei der Sorge für alte Menschen müssen wiederbelebt und stabilisiert werden. Die Programme der Jugendclubs und der „Mach-mit-Aktionen“ müssen in neue Bahnen gelenkt werden mit dem Ziel, selbstbestimmtes Engagement der Bewohner für ihre Gemeinschaft zu ermöglichen und zu fördern.

11. Die Steigerung der Miethöhen muß über eine langdauernde Übergangsfrist strikt an die Einkommensentwicklung gebunden werden.

Zur Erhaltung und Pflege der Bausubstanz ist eine Anhebung des Mietpreisniveaus und auch des Anteils der Miete am persönlichen Budget notwendig und kaum zu vermeiden. Aber die heutige Unsicherheit über die zu erwartenden Mietsteigerungen ist eine Vorstufe einer unerwünschten sozialen Umschichtung in den Wohnmietquartieren und kann alle Eigeninitiative der Mieter schon im Keim ersticken.

12. Zur Sicherung einer hohen Qualität in Städtebau und Architektur, zur Förderung und zur kreativen Herausforderung freier Architekten und Planer müssen die Kommunen vorrangig zur Vergabe von Planungs- und Entwicklungsaufträgen an private Büros übergehen. Für hochrangige Bauaufgaben, vor allem die der öffentlichen Hand, aber auch privater Unternehmen, sollten vorlaufende städtebauliche Wettbewerbe und nachfolgende Realisierungswettbewerbe die Regel sein.

Regionale Vereinigungen, Verbände und Kammern des Berufsstandes sollten eine solche Vorgehensweise auf der Grundlage geltender gesetzlicher Regelungen von den Kommunen und den Ländern einfordern.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums begrüßen ausdrücklich die erheblichen materiellen und organisatorischen Hilfen des Bundes und auch die vielfältige Unterstützung der „alten“ Länder und Gemeinden für die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung der Bausubstanz in den Städten und Dörfern der ehemaligen DDR. Sie sollten allerdings gezielter als bisher zur Stärkung der Ansätze einer neuen demokratischen Planungskultur und zum Aufbau freiberuflicher Existenzen von Architekten und Stadtplanern in den dortigen Kommunen genutzt werden.

Der 1989 von der Bevölkerung der DDR aus eigener Kraft durchgesetzte demokratische Aufbruch gewinnt durch seine Kombination mit dem relativen Reichtum des westlichen Deutschland die Chance, eigenständige Ergebnisse der neuen Planungskultur rasch vorzeigen zu können. Das Neue kann dadurch grenzüberschreitend zum Beispiel werden, das auf andere europäische Länder, insbesondere auf die zum ehemaligen Ostblock gehörenden, bei der Weiterentwicklung ihrer eigenen Planungskultur ausstrahlt.

Anmerkung

- 1) Die „Leipziger Forderungen“ entstanden unter Zustimmung aller Teilnehmer als Ergebnis des Symposiums „Stadterneuerung und Denkmalpflege Perspektiven und Erfahrungen in Deutschland-Ost und -West-“, das von den Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie innerdeutsche Beziehungen in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Architekten BDA, der Bundesarchitektenkammer, dem Deutschen Architekturmuseum und der Stadt Leipzig vom 9. bis 11. November 1990 im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig veranstaltet worden ist und an dem mehr als 300 Fachleute teilgenommen haben.